

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d



Inhalt

38. Jahrgang / 233

6. Dezember 1983

Dr. Dieter Spöri MdB, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Steuern beim SPD-Parteivorstand, zur Steuerpolitik der Koalition: Wilder Westen ausgebrochen. Seite 1

Norbert Gansel MdB, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, kommentiert die Situation im Nahen Osten: Mit diplomatischen Mitteln die Krise bewältigen. Seite 3

Karl Weinhofer MdB, Mitglied im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung, wirft der Bundesregierung vor, das Fragerecht der Abgeordneten abzuwerten: Floskeln statt Antworten. Seite 5

Freimut Duve MdB zum 85. Geburtstag von Gunnar Myrdal: Unerbittlicher Kampf gegen den Krieg. Seite 7

Wilder Westen in der Steuerpolitik

In der Koalition schießt jeder gegen jeden und Kohl schaut zu

Von Dr. Dieter Spöri MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Steuern beim SPD-Parteivorstand

Helmut Kohl hat seine eigene Regierung nicht im Griff. Nach einem Jahr zeigt sich, daß Kabinett und Koalition steuerpolitisch immer schneller rotieren. Lambsdorff und das FDP-Präsidium profilieren sich mit der Forderung, die Lohn- und Einkommensteuerreform zeitlich auf 1986 vorzuziehen. Bundesfinanzminister Stoltenberg weiß, daß aber dafür bis 1987 keine Mark in der mittelfristigen Finanzplanung eingestellt ist. Sein Staatssekretär Häfele blockt mit dem Hinweis ab, daß der 1. Januar 1988 der frühest mögliche Termin für eine Tarifreform wäre.

Nach einem Jahr ist die neue Koalition in den zentralen Fragen der Steuerpolitik zerrissener denn je:

• Es herrscht ein völliges Chaos über den Zeitpunkt der immer wieder geforderten Entlastung von den "heimlichen" Steuererhöhungen.

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Veranstaltet durch
den Sozialdemokratischen
Pressedienst



2. Die Finanzierung ist völlig unklar. Hier gehts durcheinander wie Kraut und Rüben: Stoltenberg will die Reform durch weitere Erhöhungen der Mehrwert-, Mineralöl- und anderer Verbrauchsteuern finanzieren. Der FDP-Gewerbeverein schmeichelt sich beim Publikum damit ein, daß er diesen Ausgleichsvorschlag ablehnt und statt dessen den alten Geisterreiter Subventionsabbau galoppieren läßt.
3. Das Problem von Kohl ist zusätzlich jedoch, daß nicht nur CDU und FDP steuerpolitisch rapid auseinanderdriften. Auch in der Union gibt es unüberbrückbare Gegensätze, die der Kanzler nicht einfach "aussitzen" kann. Ernst Albrecht und seine Jünger vom Wirtschaftsflügel bestehen weiter auf die wahre Wende, das heißt auf These vier seines Papiers, daß vor einer Tarifreform die Unternehmensbesteuerung noch einmal um 20 Prozent gesenkt werden muß. Damit wäre aber eine Tarifreform völlig gestorben.

In der Steuerpolitik der Koalition ist der Wilde Westen ausgebrochen. Jeder schießt gegen jeden und Generalist Kohl schaut zu. Nicht nur in der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Strukturpolitik, sondern gerade auch in den zentralen Fragen der Steuerpolitik schimmert von Tag zu Tag mehr durch, daß sich keine Bundesregierung in der Geschichte der Bundesrepublik nach ihrem Wahlsieg so schnell verrannt hat wie die jetzige und kein Kanzler so schnell abschminken mußte. (-/6.12.1983/ks/rs)

+ + +



Im Libanon brennt die Lunte

Statt militärischer Aktion ist Diplomatie gefordert

Von Norbert Gansel MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Im Libanon läuft wieder die militärische Eskalation. Libanesen, Amerikaner, Palästinenser und Syrer haben in den vergangenen Tagen wieder mit ihrem Leben bezahlt.

Die Berichte sind zur Routine geworden. Die Weltöffentlichkeit stumpft ab. Ratlos bis desinteressiert wird verfolgt, wie das politische Krisenmanagement in den politischen Bankrott führt. Dabei ist der Libanon das Pulverfaß, das den Nahen Osten zur Explosion bringen kann. Die Lunte brennt zusehens schneller ab. Funktioniert unser Alarmsystem nicht?

Die Eskalation militärischer Ereignisse im Libanon kann doch zur Initialzündung für eine weltweite militärische Ost-West-Auseinandersetzung werden. Schließlich werden mit den SS 20- und Pershing II-Raketen die Magnete des Sogfeldes horizontaler Eskalation in Europa bald placiert sein. Mit Recht haben viele Kommentatoren des Raketenwettrüstens darauf hingewiesen, daß die eigentliche Gefahr nicht vom theoretischen Overkill in Europa, sondern von tatsächlichem Töten an scheinbar fernen Kriegsschauplätzen ausgehen wird.

Schon jetzt hat der Ost-West-Gegensatz die innerlibanesischen und palästinensisch-israelischen Konfliktauslöser überlagert. Die Syrer vertreten ihre eigenen Interessen (Unterwerfung der PLO, die Annexion eines Teils des Libanon oder die Bewahrung eines Faustpfandes gegenüber Israel). Sie können ihre gefährliche Politik aber nur in relativer Sicherheit betreiben, weil sie sich der Unterstützung der Sowjetunion sicher sind. Der Abschluß der beiden amerikanischen Flugzeuge hat vor wenigen Tagen die militärische Bedeutung dieser Unterstützung offenbart. Dabei sind nur die aus der Sowjetunion gelieferten Waffen in Tätigkeit getreten, nicht etwa die von Sowjets bemannten Raketenstationen in Syrien.

Die Amerikaner wollen demgegenüber beweisen, daß sie militärische Risiken nicht scheuen, wo sie sich politisch engagiert haben. Je mehr amerikanische Soldaten sterben, desto stärker fühlen sie sich herausgefordert. Die Grenzen zwischen Verteidigung und Angriff, zwischen Abschreckung und Vergeltung sind fließend geworden. Die Diskussion über politische Ziele wird durch das Experimentieren mit militärischen Optionen ersetzt. Die Friedensstreitkräfte der USA denaturieren kontinuierlich zu Interventionstruppen.

Die Kämpfe zwischen der PLO unter Arafat und seinen syrisch unterstützten Gegnern, Terroranschläge libanesischer Sekten und Operationen von Armee und Privatarmeen im Libanon, militärische Aktionen der Israelis und politische Aufmunterungen an die libanesische Regierung zum Guerillakrieg gegen die Syrer schaffen zusätzliche Unsicherheiten. Sicher ist nur, daß man sich im Libanon auf dem Wege zum Krieg befindet.



Die Rückkehr zur Diplomatie und zur Politik ist die notwendige Alternative. Dazu im folgenden drei Vorschläge:

1. Es ist unverzichtbar und unausweichlich für eine nichtmilitärische Lösung, daß der libanesisch-israelisch-amerikanische Vertrag neu verhandelt wird. Dieser Vertrag ist noch immer der Angelpunkt für eine Libanon-Diplomatie. Die Israelis haben durch ihre Bedingung, ihre Truppen nur aus dem Libanon abziehen, wenn die Syrer gleiches tun, den Syrern eine Veto-Position übertragen. Dieses syrische Veto kann nur beseitigt werden, wenn Syrien an einer Libanon-Regierung beteiligt wird. Die Amerikaner, die sich in dem Vertrag eine Schiedsrichterrolle gleichzeitig angemaßt und zugemutet haben, sind dafür verantwortlich, daß dieser Weg gegangen wird.
2. Die EG muß in dieser Richtung gegenüber den USA aktiv werden. Die Mehrzahl ihrer Mitgliedsstaaten stellt für die multinationalen Streitkräfte in Beirut oder für die UNO-Kontingente im Süden Truppeneinheiten. Sie müssen die Kraft zum gemeinsamen Handeln entwickeln. Einseitige Abzüge oder auch "Privatfehden" wie zwischen Franzosen und Iranern müssen das libanesisches Dilemma nur komplizieren und weitere Menschenleben kosten. Die EG muß deshalb diplomatisch gemeinsam und aktiv auftreten. Das ist schwierig, aber man darf nicht aufhören, es zu fordern. Auch für Athen sind Probleme, die für den Weltfrieden bestehen wichtiger als Finanzierungsprobleme der Gemeinschaft.
3. Die Bundesregierung kann nicht länger so tun, als ob sie das alles nichts angehe. Schließlich ist sie selbst unmittelbar engagiert. Im Bundeshaushalt, der dieser Tage abgestimmt wird, sind nicht nur 17 Millionen US-Dollar als Beitrag für die UN-Truppen im Süden vorgesehen, sondern auch sieben Millionen DM für sogenannte "friedenssichernde Maßnahmen in Nah-Ost (Libanon)". Die Summe soll der logistischen Unterstützung der multinationalen Streitkräfte sowie der Beratung der libanesischen Regierung beim Aufbau einer Grenzschutztruppe dienen. Es wird fraglich, ob dieser Finanzbeitrag für die multinationalen Streitkräfte noch der Friedenssicherung dienen kann. Die Bundesregierung muß zu der sich ändernden Rolle dieser Streitkräfte Stellung beziehen. Die Bundesrepublik darf sich an Interventionskriegen auch finanziell nicht beteiligen!

Zum Schluß: Wie nahe uns der Libanon liegt, wird im Übrigen auch daraus deutlich, daß für die Sicherheit der amerikanischen Truppen in Beirut das amerikanische Hauptquartier in Stuttgart zuständig ist.
(~/6.12.1983/ks/rs)

+ + +



Was ist das Fragerecht der Abgeordneten noch wert?

Die Bundesregierung antwortet unverbindlich und in Allgemeinplätzen

Von Karl Weinhofer MdB

Mitglied im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Nach Paragraph 105 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages ist jedes Mitglied berechtigt, kurze Einzelfragen zur mündlichen und schriftlichen Beantwortung an die Bundesregierung zu richten. Zweck dieser Regelung ist es, den einzelnen Abgeordneten in seinen Informationsrechten gegenüber der Exekutive zu stärken und ihm gleichzeitig die Möglichkeit zu geben, konkrete Stellungnahmen der Bundesregierung zu bestimmten Problemen abzufragen. Mit der neuen Bundesregierung ist dabei jedoch eine Praxis eingeleitet, die jeder Beschreibung spottet.

In grenzenloser Unverbindlichkeit wird hier in Allgemeinplätzen geantwortet. Fragestellungen werden bis zur Unkenntlichkeit umgebogen, unbequeme Teilfragen erst gar nicht beantwortet. Wer dies nicht glauben will, dem sei es anhand zweier Beispiele verdeutlicht.

Ich hatte die Bundesregierung gefragt, was sie in die Wege zu leiten gedenke, um den Auftrag der Entschließung der Sondertagung des Europäischen Parlaments vom 28./29. April 1983 nachzukommen. Maßnahmen zu ergreifen, die "kurzfristig eine erhebliche Senkung der täglichen, wöchentlichen und/oder jährlichen Arbeitszeit...und auch der Lebensarbeitszeit gewährleisten..., damit eine Erweiterung des Arbeitsangebots nachhaltig gefördert...werden kann".

Wer nun - mit mir - erwartet hatte, daß aus der Antwort der Bundesregierung eine Stellungnahme zur Umsetzung dieser Entschließung in Richtung Tages-, Wochen- und Jahresarbeitszeitverkürzung zu entnehmen wäre, sieht sich kräftig enttäuscht. Mit einem atemberaubenden Taschenspielertrick stiehlt sich der Parlamentarische Staatssekretär Vogt in seiner Antwort aus der Verantwortung: Die Entschließung richte sich nicht in erster Linie an die Mitgliedsstaaten, sondern an die Gemeinschaftsinstitutionen. Das muß man sich wirklich einmal mit allen seinen Konsequenzen vor Augen führen: Nicht also die Bundesregierung ist aufgefordert, durch Arbeitszeitverkürzungsmaßnahmen eine Erweiterung des Arbeitsangebots nachhaltig zu fördern, dafür erklärt sie jetzt vielmehr die Institutionen der EG für zuständig! Der Ministerrat der EG wird uns also nach diesem Verständnis bald Arbeitszeitverkürzungen bescheren!



Wer so seine eigene Verantwortlichkeit verleugnet, hat es natürlich nicht schwer, die eigentliche Fragestellung dann auch unbeantwortet zu lassen. Für Vogt folgt aus dieser grenzenlosen Beliebigkeit dann auch, daß die Mitgliedsstaaten die für sie geeigneten Maßnahmen auswählen können. So beschränkt sich seine Antwort im folgenden darauf; die allseits bekannte (und zumeist kritisierte) Konzeption für eine Vorruhestandsregelung zu referieren, sowie Konzepte zur Flexibilisierung der Arbeitszeit und zur Teilzeitarbeit anzukündigen.

Die an die erste anknüpfende weitere Frage wird im Grunde genommen ebenfalls nicht beantwortet. Ich hatte wissen wollen, wie die Bundesregierung den Auftrag der genannten Entschließung mit Äußerungen unter anderem des Bundeskanzlers vereinbart, die gewerkschaftliche Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sei dumm und unsinnig.

Da einmal die eigene Unzuständigkeit festgestellt war, fiel auch hier die ausweichende Antwort nicht schwer. Für denjenigen, der in der Entschließung des Europäischen Parlaments nichts anderes sieht als ein geduldiges Stück Papier, ist es auch einfach, die folgende Position zu beziehen: "Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wegen der enormen Kostensteigerungen die Gefahr des Verlustes von Arbeitsplätzen in sich birgt und deswegen nicht von ihr befürwortet werden kann."

Dieser Satz könnte so auch wörtlich im Tabukatalog der Arbeitgeberverbände stehen. Da ist nichts mehr übrig von einer Politik des sozialen Ausgleichs. Da wird aus dem Hause des IG-Metallers Norbert Blüm im Namen der ganzen Bundesregierung knallharte Arbeitgeberpolitik betrieben. Dabei ist es dem Antwortenden noch nicht einmal die Mühe wert, diese ungeheuerliche Behauptung, Wochenarbeitszeitverkürzung führe nicht - wie das Europäische Parlament meint - zu mehr Beschäftigung, sondern gefährde sogar bestehende Arbeitsplätze, zu begründen oder gar rechnerisch zu belegen.

Das Fragerecht des Abgeordneten soll seine Stellung gegenüber der Bundesregierung stärken. So, wie die Beantwortung zur Zeit gehandhabt wird, verkommt dieses Institut aber zu einem Mittel der Verbreitung von regierungsamtlichen Floskeln und Allgemeinplätzen. Dies zu kontrollieren und zu ändern, wäre eine dankbare Aufgabe für einen Kanzler, der andernorts so große Stücke auf die Spielregeln der parlamentarischen Demokratie hält. (-/6.12.1983/ks/rs)

+ + +



Gunnar Myrdal wird 85

Der schwedische Sozialwissenschaftler hat unerbittlich gegen Ungerechtigkeit
und Krieg gekämpft

Von Freimut Duve MdB

Es gibt kaum einen lebenden Sozialwissenschaftler, der so nachhaltig und so umfassend die wirklich großen Fragen dieses Jahrhunderts untersucht hat und der so eindringlich den humanistischen Auftrag der europäischen Aufklärung für seine Wissenschaft genutzt hat wie der große Schwede Gunnar Myrdal.

Schon in den 30er Jahren legte er ein epochales Werk über die Rassenfrage in den Vereinigten Staaten vor. Ohne die empirischen Befunde und die brillanten theoretischen Ableitungen in "An American Dilemma" hätte es die Bürgerrechtsbewegung der 50er Jahre sehr viel schwerer gehabt, gegen die menschenfeindlichen Rassenschranken zu kämpfen.

Sein zweites Hauptwerk, "Asiatisches Drama", geht dem Entwicklungskonflikt der Dritten Welt auf den Grund. Auch hier verknüpft sich der humanitäre Impuls mit der wissenschaftlichen Analyse.

Gunnar Myrdal ist in der Wissenschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts eine einzigartige, und deshalb wohl auch einsame Gestalt. Unermüdlich und unerbittlich haben er und seine Frau Alva den geistigen Auftrag ihrer neutralen Heimat ernst genommen und für die Ungerechtigkeit, Gewalt und Krieg beschädigte Welt genutzt.

Die schwedische Kultur ist häufig nach innen gekehrt. In Gunnar und Alva Myrdal hat sie zwei Repräsentanten, die der überragenden Leistung ihres Volkes, Wohlfahrt nach innen und Frieden nach außen über lange Zeit zu bewahren, auf eine bewegende Weise entsprechen.
(-/6.12.1983/ks/rs)

+ + +

